

mir und dem Herrn Dr. Bettelheim, ein ganz kleiner Unterschied nur: ich habe damals dem Director Müller-Gutenbrunn vorher Fehde angefangt, in diesem Blatte und in offener Generalversammlung, während der Herr Dr. Anton Bettelheim bis zum letzten Moment der warme Freund des Director Burckhard geblieben ist. Ich weiß also auch, wie man beim Theater Verschwörungen macht. Ich weiß, daß man da jederzeit erklären kann, sich nicht „verbündet“ zu haben. Ich hätte damals jederzeit erklären können, daß ich mich niemals und mit niemandem gegen den Director „verbündet“ habe. Nein, auch wir haben damals kein „Bündnis“ gebraucht, es ist gar nicht nöthig gewesen. Die feindlichen Schauspieler haben auf ihrer Seite „gearbeitet“, ich auf der meinen. Aber wir sind auf keinem Nütli gewesen. Nein, so dumm ist man nicht. Und was erklärt der Herr Dr. Anton Bettelheim sonst? Daß er sich mit dem Intendanten nicht verschworen hat, daß er die Intendanz nicht betreten hat, daß er mit dem Intendanten kein Wort gewechselt hat. Aber das hat man auch gar nicht behauptet: denn wir wissen, daß Herr Thimig — er hat es ja selbst gestehen müssen — die Intendanz betreten hat und daß Herr Thimig mit dem Intendanten Worte gewechselt hat. Was man behauptet hat, ist nur, daß ein Verdacht, bei mir und bei anderen, gegen den Herrn Dr. Anton Bettelheim besteht, er habe irgendwie bei der Intrigue gegen seinen Freund, den Director Burckhard, mitgespielt: direct oder indirect, durch Handlungen, Worte oder Briefe, als Mitthelfer oder als Mitwisser. Von diesem Verdachte muß er sich reinigen.

Hermann Vahr.

Die Woche.

Politische Notizen.

„Ich bin der Herr im Hause!“ So lautet die Umschrift einer bekannten satirischen Zeichnung: Sie stellt ein bürgerliches Wohnzimmer dar. Mitten im Zimmer, die feisten Arme kräftig in die Seiten gestemmt, die Rechte mit einem Stiefelknecht bewaffnet, steht ein resolutes Kiesenweib: die Ehefrau. Unter dem Tisch hockt ein verschüchtertes Männlein, der Ehegatte, und, während er sich die Marmel aufstreift, um nach den blauen Flecken zu sehen, ruft er, durch seine geschülzte strategische Position ermunthigt, der Ehegattin das stolze Wort zu: „Ich bin der Herr im Hause!“

Wenn ich auch bereitwillig zugebe, daß der Vergleich des Ministers Gausch mit dem Chemann in der Caricatur insofern hinkt, als das Ministerium Gausch mit Oesterreich — Gott sei dank! — nicht „verheiratet“, sondern nur Kraft des § 14 auf hoffentlich recht kurze Zeit in wilder Ehe lose verbunden ist: so könnte doch andererseits ein aufmerksamer Beobachter schwerlich leugnen, daß das Ministerium sozusagen unter dem Tisch regiert. Vorsicht ist der bessere Theil seiner Kraft. Jedem Zusammenstoß mit feindlichen Gewalten weicht es nach unten hin aus. So entgeht es der offenen Niederlage, aber auch dem Sieg, dem greifbaren Beweis seiner Schwäche wie seiner Macht, und wenn auch nur von der Froschperspective aus, kann es doch immerhin, wie der Mann in der Caricatur, uns allen stolz zurufen: „Ich bin der Herr im Lande!“

Seine Herrlichkeit hat das Ministerium Gausch ganz deutlich den strikenden Studenten bewiesen. Die Studenten wollten durch Verhinderung der Vorlesungen an den Hochschulen der Regierung ihre Macht beweisen. Was that darauf die Regierung? Man sollte meinen, sie hätte ihre Macht anbieten müssen, um den ungestörten Fortgang der akademischen Arbeiten zu sichern. Aber nein! Die Regierung erklärt einfach mitten im Semester über Nacht das Semester für geschlossen, sperrt Hals über Kopf alle neun deutschen Hochschulen sammt Laboratorien, Bibliotheken und Uebungssälen vor den Studenten hermetisch ab, dann setzt sie erst die allergefremtesten Mienen auf und verkündet feierlich, daß sie gegen jeden Studenten, der die Disciplin verletzen würde, mit der schärfsten Maßregel, der Relegation, vorgehen werde, nachdem sie vorher durch fürsorgliche Schließung der Hochschulen den Studenten geradezu die physische Möglichkeit genommen hat, die akademische Disciplin zu verletzen. Jetzt kann selbst der frechste Student kein Disciplinarvergehen gegen die hohen akademischen Behörden ausüben, aus dem einfachen Grunde, weil es in den Semesterferien und auf der Ringstraße keine akademische Disciplinarordnung gibt; jetzt kann auch der randsalbüchtigste Hochschüler keine Vorlesung mehr stören, weil keine mehr gehalten wird — so gut wie die corpulente Ehefrau in der Caricatur ihren Mann nicht mehr schlagen kann, nachdem dieser behend unter den Tisch geschlossen ist. Das Ministerium ist nun in der That der Herr der akademischen Situation.

Das Ministerium Gausch besäße auch das Talent, im ganzen Lande für die Dauer des Jubiläumjahres die wünschenswerte Ruhe zu schaffen, wenn es nur die an den Hochschulen prakticierte Methode auf ganz Oesterreich anwenden dürfte: Das Ministerium erklärt dann schlankweg das Kalenderjahr 1898 für geschlossen, wirft, wie die Studenten aus den Hochschulen, so bis zum Neujahr 1899 alle verehrten Staatsbürger aus Oesterreich hinaus.

Baron Gausch setzt immer seinen Willen durch. Dort, wo kein fremder Wille ihm entgegensteht, selbstverständlich. Dort aber, wo er auf einen fremden Willen stößt, macht er einfach den fremden zu seinem eigenen Willen und — setzt ihn durch. Ein Beispiel: die Studentenumruhen. Die Studenten wollen die Hochschulen zum Stillstande bringen. Also sagt Baron Gausch: Ich will die Hochschulen zum Stillstande bringen. Und das gelingt ihm auch. Oder: Die Feudalen wollen die Tagung des böhmischen Landtages verlängern, um dort, der Regierung zum Hohn, ihren

staatsrechtlichen Mumpitz aufzuführen. Also sagt Baron Gausch: Ich will den böhmischen Landtag verlängern. Und das bringt er auch zustande.

Wie um das Sprichwort von der „Butter auf dem Kopf“, die in der Sonne schmilzt, zu widerlegen, will der sogenannte Kanzleidirector des Abgeordnetenhauses und Sectionschef Herr v. Halban auf ein halbes Jahr nach dem sonnigen Italien gehen. Möge es während seines Erholungsurlaubes Oesterreich gegönnt sein, sich von den Erfolgen der Thätigkeit des Herrn v. Halban zu erholen.

Aus der Thatsache, daß bei der Aufführung des die Czechen beleidigenden Stückes „Der Burggräfler“ in Berlin der dortige österreichisch-ungarische Botschafter anwesend war, zieht die im böhmischen Landtag eingebrachte Interpellation der jungczechischen Abgeordneten Pippich und Genossen den Schluss, daß das Deutsche Reich dafür Oesterreich-Ungarn Satisfaction geben müsse. Das ist unlogisch. Dem österreichischen Botschafter stand es frei, während der czechenfeindlichen Aufführung das Theater zu verlassen. Ist er drinnen sitzen geblieben, so ist das seine Sache, und die deutsche Regierung trägt dafür, wie überhaupt für die Handlungen und Unterlassungen des österreichischen Botschafters keine Verantwortung — es sei denn, daß die Herren Abgeordneten Pippich und Genossen wirklich schon ganz ernstlich meinen, daß der österreichisch-ungarische Botschafter in Berlin unter der Curatel der reichsdeutschen Regierung steht, dann freilich wären wir in der angenehmen Lage, für seine Handlungen und Unterlassungen die reichsdeutsche Regierung haftbar zu machen.

Graf Badeni hat also das horrible Interview in der „Times“ dementiert. Das war auch nothwendig. Sonst hätten wir, bei der bekannten Wahrheitsliebe des Grafen Badeni, das Interview wirklich für eine Erfindung des Herrn Blowitz gehalten.

Meine vorwöchentliche Bemerkung, daß die Stellung des Statthalters von Böhmen Grafen Coudenhove erschüttert sei, hat sich bewahrheitet. Graf Coudenhove wird auch gehen, vorausgesetzt, daß nicht der Abg. Wolf so boshaft sein sollte, seinen Sturz zu verlangen. In diesem Falle freilich stünde Graf Coudenhove wieder bombensfest.

Von den verschiedenen Zeitungen werden für das Wiederzusammentreten des Reichsrathes bestimmte Termine combinirt. Die Regierung dagegen begnügt sich mit die Versicherung, daß sie den Reichsrath zu einem möglichst nahen Termin, jedoch nur dann einberufen werde, wenn jede Störung der parlamentarischen Verhandlungen ausgeschlossen erscheine. Damit kann nur der 29. Februar d. J. gemeint sein. Dieser ist nämlich ein naher Termin, der in der That, da wir diesmal kein Schaltjahr haben, jede Störung der parlamentarischen Verhandlungen, sowie diese selbst vollständig ausschließt.

Volkswirtschaftliches.

Unsere officiösen Blätter verstehen es bekanntlich trefflich Gott und Baal, der Regierung und dem Großcapital gleichzeitig zu dienen. Gelegentlich der Verstaatlichungsverhandlungen waren sie ebenso regierungs-, als Staatsbahn-, respective Nordwestbahn-officiös. Auch bei anderen Gelegenheiten, wo Interessenconflicte zwischen dem Staate und einem Finanzunternehmen vorhanden waren, wußten sie stets des Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden. Es ist ganz gut, daß das „Fremdenblatt“ dabei einmal aufgefressen ist. Vor wenigen Tagen ist ein Werk erschienen „Die Agioreserve der Oesterreichisch-ungarischen Bank“, in welchem der Beweis zu erbringen gesucht wird, daß dem Staate ein rechtlicher Anspruch auf die Hälfte dieses Gewinnes nicht zusteht. Wir haben schon vor zwei Jahren, als die Frage zuerst publicistisch angeregt wurde, unserer gleichen Meinung Ausdruck gegeben, kommen übrigens auf das Buch noch ausführlicher zurück. Ganz unstatthaft ist es aber, daß ein Blatt, vor allem ein officiöses Blatt, sich bei Besprechung eines Werkes, dessen anonymen Verfasser ausdrücklich im Vorwort hervorhebt, daß ihm alles die Oesterreichisch-ungarische Bank betreffende Material von dieser selbst mitgetheilt ist, das also nur eine Streitschrift sein kann, zu der Aeußerung hinreißt läßt: mit diesem Werke sei die Frage des Anspruchs endgiltig aus der Welt geschafft. Die Abfertigung, welche die „Wiener Zeitung“ dem „Fremdenblatt“ hat zutheilen werden lassen, ist demnach eine wohlverdiente, so komisch es auch erscheinen mag, daß das amtliche Blatt das officiöse Blatt zurechtweist. Praktisch ist die Frage wohl durch das Ueberkommen betreffend die Privilegiens-Erneuerung der Bank entschieden, falls dasselbe Gesetzeskraft erlangt. Anderenfalls ist die Frage des Anspruches eine offene.

Nach den vom Rathhaus ausgehenden Berichten über den Ball der Stadt Wien hätte der Kaiser dem Vertreter der Actiengesellschaft Siemens & Halske seine Freude darüber geäußert, daß diese Firma wahrscheinlich den Bau der elektrischen Bahnen in Wien ausführen werde. Es ist nicht das erstemal, daß die Gastgeber des Balles der Stadt Wien kaiserliche Ansprachen gefälscht an die Oeffentlichkeit gebracht haben, und so soll es auch diesmal geschehen sein. Es wäre auch unerklärlich, weshalb der Kaiser mehr Freude darüber empfinden und äußern sollte, daß gerade die Firma Siemens & Halske die elektrischen Bahnen baue, als daß die Ausführung derselben irgend einer anderen ausländischen, geschweige denn einer inländischen Firma zugesprochen würde. Weit ist es mit jener einst radicalen christlichsocialen Partei gekommen, wenn sie schon nöthig hat, für einen Vertragsabschluss, der einzig und allein nach seinem Vortheile für die Stadt beurtheilt werden soll, dadurch Stimmung zu machen, daß sie ihn in solcher Weise als einen Wunsch des Kaisers auszugeben versucht.

In der Zeit der Bilanzveröffentlichungen geht es der Speculation immer gut; da hat sie Auswahl für ihre Anregungen, die sie entweder in den Abschüssen für das vergangene Jahr findet, oder in den Ansichten für das laufende Jahr sucht; wenn auch diese mager sind, wird nicht lange nachgedacht: das vergangene Jahr war schlecht, folglich braucht es nicht viel, damit das laufende besser ausfalle. Also ist kein Grund, den